

**Rede
des SPD-Landtagsabgeordneten**

Holger Heymann, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung

**Steuererhöhung für Sparer verhindern – Gegen die
Abschaffung der Abgeltungssteuer**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 17/4953

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen –
Drs. 17/5071

während der Plenarsitzung vom 17.02.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,
lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede den Finanzminister unseres Nachbarbundeslandes NRW, Herrn Norbert Walter-Borjans, zitieren, der bereits zu einem ähnlichen Antrag in seinem Bundesland gesprochen hat:

„Es gehört mittlerweile zu den Spezialitäten der FDP, Vorschläge zu machen bzw. Anträge einzubringen, die am Ende Politik für Einkommensmillionäre sind, und dabei – das ist die Spezialität – den Eindruck zu erwecken, das sei Politik für die kleinen Leute“.

Ich stelle fest: Das scheint nicht nur ein Phänomen der NRW-FDP zu sein. Auch hier in Niedersachsen versuchen Sie dies. Ich kann ihnen sagen: Das glaubt Ihnen keiner mehr.

Die pauschale und anonyme Besteuerung von Kapitalerträgen aus dem Jahr 2009 ist und war damals eine Notlösung, um Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern. Und wir alle wissen, dass die Abgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent der Kapitalerträge höchst umstritten ist.

Mittlerweile sind wir aber so weit, dass über 70 Staaten ab dem Jahr 2017 am automatischen Austausch von Kontodaten beteiligt sind. Ausländische Kapitalerträge werden somit transparent gemacht. Deutsche Steuerbehörden können Einsicht nehmen.

Dies ist ein großer und guter Fortschritt in der transnationalen Zusammenarbeit, der Anlass gibt, über die bestehende Form der Abgeltungssteuer zu debattieren.

Neben der SPD musste dies auch der Bundesfinanzminister – seines Zeichens ja CDU-Mitglied - zugeben. Er hat die Abgeltungssteuer ab 2017 als „überflüssig“ bezeichnet. Sicher auch ein Grund für die Christdemokratinnen und Christdemokraten in diesem Hause den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Die FDP fordert nun aber trotz der sich verändernden Rahmenbedingungen eine schlichte Beibehaltung dieser überflüssig werdenden Steuer.

Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP - und genau hier unterscheiden sich die Ansichten: Während Sie mit einem Satz im Antrag die Beibehaltung fordern und ihre Begründung von zwei Absätzen zudem inhaltlich überschaubar ist, möchten wir, dass sich die Fachleute in Politik, Wirtschaft und Verbänden intensiv mit den Herausforderungen bei einer gerechten Reform beschäftigen.

Der Wegfall der Abgeltungssteuer würde eine grundlegende Reform der Besteuerung bei Kapitalerträgen nach sich ziehen.

Die Lösung ist aber nicht der Ein-Satz-Antrag der FDP, mit dem sie auch zukünftig Kapitalerträge geringer besteuern wollen, als beispielsweise Arbeit.

Apropos: Die Privilegierung von Kapitalerträgen gegenüber Arbeit muss zu einem Ende kommen, damit wieder eine gerechte Steuerpolitik Einzug erhält. Dies stärkt nicht zuletzt auch die Akzeptanz von Besteuerung in der Bevölkerung.

Es muss wieder gerecht zugehen, indem Einkommensteuer und eine Steuer auf Kapitalerträge vergleichbar werden. Ich sehe keinen Grund, weshalb Geld verdienen mit Hilfe von Kapital geringer besteuert wird, als die Arbeit von zigtausenden Niedersachsen, die täglich dazu beitragen, dass der Wohlstand in unserem Land gesichert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
bei einem zu versteuernden Einkommen von 46.600 Euro jährlich beträgt der individuelle Steuersatz ziemlich genau 25 Prozent.

Was will ich damit sagen: Alle Menschen, die mehr als 46.600 Euro versteuern müssen, haben durch die Abgeltungssteuer einen Vorteil.

Und ja, das bedeutet logischerweise, dass die Reichen noch reicher werden und die mittleren und unteren Einkommensschichten verhältnismäßig mehr belastet werden.

Für mich und meine Partei gilt nach wie vor auch bei der Besteuerung: Starke Schultern tragen mehr als schwache. Dieses Prinzip wird im progressiven Steuersystem gelebt und es trägt zu Gerechtigkeit und sozialem Frieden bei, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP:

Gehen Sie doch einfach mal raus und versuchen Sie, dem LKW-Fahrer, der Köchin, dem KFZ-Mechaniker oder der Bürokräftin zu erklären, dass Menschen mit einem mindestens doppelt so hohen Einkommen noch bei der Besteuerung privilegiert werden. Das geht einfach nicht.

Und wenn Sie das nicht machen möchten, so sprechen Sie doch einmal mit Menschen, die aus ihrer Arbeit 46.600 Euro erwirtschaften. Erklären Sie dieser Person dann bitte einmal, warum Kapital nur mit knapp der Hälfte des Steuersatzes besteuert wird. Das können Sie nicht.

Meine Damen und Herren,
eine Reform ist notwendig. Bei der Umsetzung einer solchen, gerechteren Steuerpolitik ist es wichtig, dass Details gut ausgearbeitet werden. Ich möchte daher nicht verschweigen, dass sich sicherlich Fragen ergeben werden:

- In welchem Umfang soll oder kann der Steuerabzug an der Quelle erhalten bleiben?
- Soll wieder ein voller Werbungskostenabzug eingeführt werden? Oder auch:
- Welche Folgerungen sind aus dem Teileinkünfte-Verfahren zu ziehen?

Damit müssen wir uns beschäftigen. Und das machen wir auch als verantwortungsvolle Finanzpolitiker.

Von diesen Faktoren und einer soliden Berechnung aus dem Bundesfinanzministerium muss abhängig gemacht werden, wie eine Reform ausgestaltet werden wird. Dazu liegen bisher noch gar keine Konzepte vor.

Und Sie, meine Damen und Herren von der FDP, fordern mit Hilfe eines Satzes die Abgeltungssteuer beizubehalten, obwohl Sie über die Folgen oder ein Konzept noch keine verlässlichen, objektiven, oder sachlichen Informationen haben. Sie

fordern quasi in den blauen Dunst hinein etwas, ohne die wirklichen Alternativen und Auswirkungen analysiert zu haben.

Das ist keine verantwortungsvolle und erst recht keine gerechte Finanzpolitik, die Sie an dieser Stelle betreiben möchten.

Daher wäre es auch verfrüht, einem solchen Antrag heute zuzustimmen, ohne alle Optionen zu kennen. Wir gehen jedenfalls davon aus, dass sich bis 2017 eh wenig in dieser Frage bewegen wird.

Vor einer Entscheidung über ein solch hochkomplexes Thema ist es aber wichtig, dass eine neutrale und umfassende Analyse vorgenommen wird. Erst dann wird es möglich sein, eine Entscheidung zu treffen, die zur gerechten und fairen Besteuerung führt. Aus diesen Gründen werden wir Ihren Antrag heute ablehnen.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat aus der heutigen FAZ. Dort geht es um den Spitzenkandidaten der FDP in Sachsen-Anhalt – Frank Sitta. Er sagt: „Die FDP war Partei der Besitzstandswahrenden, die wollte, dass alles so bleibt, und das unter dem Deckmantel der Freiheit“. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.